



Advancing Renewable Energy Communities

Das Potenzial von Gemeinschaftsprojekten im Bereich der erneuerbaren Energien

Dieses Faktenblatt gibt einen kurzen Überblick darüber, welches Potenzial Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften (EE-Gemeinschaften/RECs) haben, um zu den jeweiligen Ausbauzielen für erneuerbare Energien in den Zielregionen des COME RES-Projekts bis 2030 beizutragen. Der Überblick basiert auf einer vom Projektteam durchgeführten Grobanalyse von Potenzialen von EE-Gemeinschaften, wie sie in der neugefassten Richtlinie für erneuerbare Energien (RED II) definiert sind.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass ein signifikanter Anteil der notwendigen Gesamtinvestitionen für Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien durch gemeinschaftliche Investitionen der Bürger:innen abgedeckt werden kann. Das Faktenblatt liefert zunächst Einblicke in die einzelnen Zielregionen und deren Potenziale. Abschließend beschreibt es Faktoren, welche die Erschließung der Potenziale fördern bzw. hemmen.

Die COME RES-Potenzialanalyse, welche die Grundlage für dieses Faktenblatt bildet, konzentrierte sich auf Initiativen, welche die Bürger:innen "in den Mittelpunkt stellen". Im Fokus standen gemeinschaftliche Investitionen von Privathaushalten, wobei die Möglichkeit einer offenen und freiwilligen Beteiligung an der Projekteigentümerschaft vorausgesetzt wurde. Ausgangspunkt der Untersuchung war der zusätzliche Bedarf an Investitionen in erneuerbare Energien in den COME RES-Zielregionen bis 2030. Einen Überblick über die Annahmen und Berechnungen finden sich im entsprechenden Projektbericht.¹

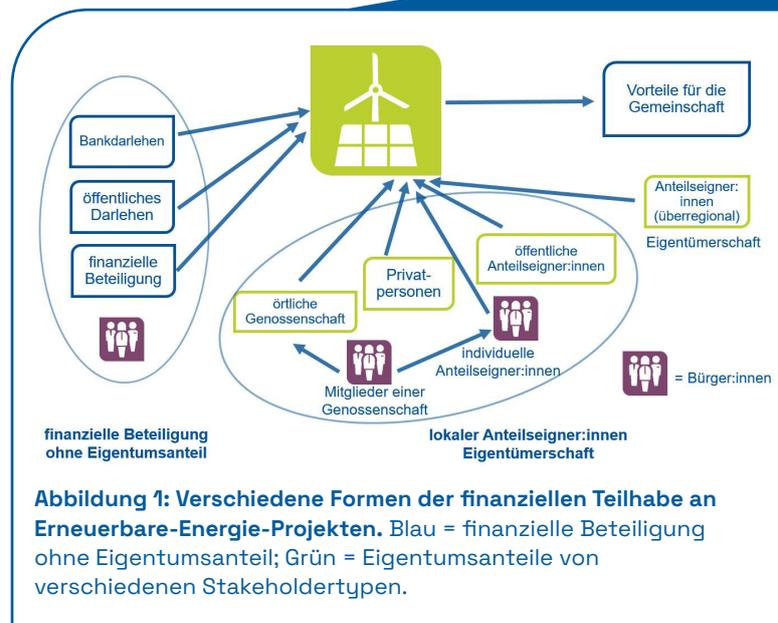


Abbildung 1: Verschiedene Formen der finanziellen Teilhabe an Erneuerbare-Energie-Projekten. Blau = finanzielle Beteiligung ohne Eigentumsanteil; Grün = Eigentumsanteile von verschiedenen Stakeholdertypen.

¹ Den englischsprachigen Projektbericht "Assessment report of potentials for REC community energy in the target regions" mit den Potenzialberechnungen für die einzelnen Zielregionen finden Sie auf der Projektwebseite www.come-res.eu/resources.

APULIEN, ITALIEN

In Apulien sind die potenziellen Zielbeiträge von Bürger:innenprojekten im Bereich der Windenergie und Photovoltaik (Freiflächen- und Dachanlagen) bis 2030 relativ gering. Dies ist zum Teil auf die nationalen Vorschriften zurückzuführen, welche für Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften (RECs) eine Leistungsbegrenzung von maximal 200 kW vorsehen. Allerdings soll diese Beschränkung künftig wegfallen, da diese nicht mit dem europäischen Rechtsrahmen vereinbar ist. Im Rahmen des italienischen Aufbau- und Resilienzplans, der die wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie überwinden soll, wurde indessen ein Fonds in Höhe von 2,2 Milliarden Euro zur Förderung von Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften eingerichtet, der Familien, Kleinunternehmen und Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohner:innen zur Verfügung steht. Dies stellt eine sinnvolle Unterstützung für die Finanzierung von öffentlich-privaten REC-Initiativen dar.

REGIÃO NORTE, PORTUGAL

Gemeinschaftliche Investitionen von Bürger:innen im Bereich der Photovoltaik (PV) können eine wichtige Rolle bei der Erreichung der nationalen Ziele für erneuerbare Energien (EE) in der Region Norte spielen. Zu beachten ist jedoch, dass das berechnete Investitionspotenzial für sich genommen weniger als 30 % der erforderlichen Investitionen abdecken würde. Es bedarf flankierender politischer Maßnahmen, einerseits, um dem verbreiteten Misstrauen gegenüber dem Konzept von Energiegemeinschaften entgegenzuwirken, andererseits, um den Mangel an Kapazitäten und Know-how in Bezug auf Verfahren und bewährte Praktiken zu beseitigen.

BALEARISCHE UND KANARISCHE INSELN, SPANIEN

Für die Balearischen und Kanarischen Inseln dürfte das politische Ziel erreichbar sein, bis 2030 50% der Photovoltaikkapazitäten im Eigentum der Bürger:innen zu betreiben. Ähnlich wie in Portugal, wo sich entsprechende Initiativen für Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften ebenfalls im Anfangsstadium befinden, können jedoch Investitions- und Entwicklungshemmnisse auftreten, die es gilt, durch geeignete Politikmaßnahmen zu beseitigen.

LETTLAND (GESAMTES LAND)

In Lettland können Gemeinschaften von Bürger:innen einen beträchtlichen Beitrag zur Erreichung der politischen Ziele im Bereich der Photovoltaik bis 2030 leisten. Allerdings wird das technische Potenzial der Photovoltaik im Nationalen Energie- und Klimaplan Lettlands bis 2030 stark unterschätzt. Die Erschließung des Investitionspotenzials von Bürger:innen in der Praxis ist angesichts der Neuartigkeit des Konzepts von Energiegemeinschaften zumindest kurzfristig eine Herausforderung. Entscheidend sind deshalb eine gezielte Informationsvermittlung und effektive Kommunikation darüber, warum Investitionen in Energiegemeinschaften attraktiv sein können. Desweiteren bedarf es lokaler Führungspersönlichkeiten, die solche Konzepte voranbringen und entsprechend positive Narrative entwickeln.

LIMBURG UND WESTFLANDERN, BELGIEN

In Limburg hat die Provinzregierung Ende 2013 beschlossen, dass die lokale Bevölkerung und die örtlichen Behörden zu mindestens 20% am Eigentum von großen Windkraftanlagen beteiligt werden sollen. In Westflandern streben die Gemeinden Torhout und Oostkamp eine direkte finanzielle Beteiligung der lokalen Bürger:innen und örtlichen Behörden in Höhe von 35 % an Windkraftprojekten auf ihrem Gebiet an (über eine Energiegenossenschaft). Für beide niederländischen Zielregionen kann ein Anteil der von den Bürger:innen finanzierten Investitionen von 20 % als realistisch angesehen werden, wobei höhere Anteile im Bereich von 50-100 % eine große Herausforderung darstellen. Im PV-Bereich formuliert der flämische Lokale Energie- und Klimapakt als Zielgröße bis 2030 die Realisierung mindestens eines genossenschaftlichen/partizipativen Projekts pro 500 Einwohner:innen (bei einer durchschnittlichen Projektgröße von 18 kWp). Angesichts des errechneten Investitionspotenzials für gemeinschaftliche PV-Projekte erscheint dieses Ziel realistisch.

NORDBRABANT, NIEDERLANDE

Den politischen Zielvorgaben zufolge sollen bis 2030 50 % der EE-Kapazitäten im Besitz von Energiegenossenschaften sein. Für die Potenzialberechnungen im Rahmen von COME RES wurde basierend auf den Ergebnissen von Haushaltsumfragen angenommen, dass sich 30 % der Privathaushalte als Mitglieder einer Energiegemeinschaft engagieren. Ende 2020 waren allerdings nur 1,3 % der niederländischen Haushalte Mitglieder einer Energiegenossenschaft. Die Erschließung des "latenten Potenzials" stellt in der Praxis eine große Herausforderung dar, die erhebliche Fortschritte in Bezug auf Größe und Professionalisierungsgrad der Genossenschaften erfordert.



THÜRINGEN, DEUTSCHLAND

In Thüringen können die Bürger:innen eine Schlüsselrolle bei der Erreichung des landespolitischen Ziels einer bilanziellen Vollversorgung durch erneuerbare Energien bis 2040 spielen. Geht man davon aus, dass 20 % der erforderlichen Investitionskosten von den Bürger:innen und 80 % durch andere Quellen finanziert werden, könnten die bis 2030 zu installierenden Freiflächen-PV-Anlagen von Bürger:innengemeinschaften kontrolliert werden. Auch im Bereich der Dachflächen-PV könnten die notwendigen Investitionen bis 2030 nahezu komplett von Bürger:innen-Gemeinschaften realisiert werden. Bei der Windenergie liegen die Werte niedriger: zwischen 45 % und 91 %. Die europäische Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED II) setzt zwar neue Impulse für den Ausbau der Bürger:innenenergie im Allgemeinen und Energiegemeinschaften im Besonderen, allerdings hinkt in Deutschland die Umsetzung in nationales Recht im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedstaaten hinterher.

WOIWODSCHAFT ERMLAND-MASUREN, POLEN

In der Woiwodschaft Ermland-Masuren können von den Bürger:innen gemeinschaftlich getätigte Investitionen in erheblichem Ausmaß dazu beitragen, das politische Ziel eines 32 %-Anteils der erneuerbaren Energien im polnischen Stromsektor bis 2030 zu erreichen. Unter der Annahme, dass 20 % der erforderlichen Investitionskosten von den Bürger:innen und der Rest aus anderen Quellen (z.B. finanzielle Förderprogramme und Fremdkapital) finanziert werden, könnten die neuen Kapazitäten sowohl der Freiflächen-PV als auch der Dachflächen-PV vollständig von den Bürger:innen kontrolliert werden, sofern das maximale Investitionspotenzial ausgeschöpft wird. Bei der Windenergie ist das Potenzial geringer, was zeigt, dass die notwendigen Investitionen in einem größeren Ausmaß auch durch andere Akteure mitgetragen werden müssen.

NORWEGEN (GESAMTES LAND)

Da Norwegen nicht Mitglied der EU ist, hat es keinen Nationalen Energie- und Klimaplan (NECP) vorgelegt und hat keine entsprechenden politisch vereinbarten, quantitativen REC-Ziele für 2030. Die norwegischen Haushalte haben jedoch das theoretische Potenzial, 31 % der zwischen 2020 und 2030 erwarteten Windenergie-, 44 % der kollektiven PV-Dach- und 52 % der PV-Freiflächenanlagen zu besitzen. Um das gesamte Investitionspotenzial auszuschöpfen, müssten bestehende Hindernisse wie regulatorische Hindernisse, fehlende Rahmenbedingungen und Förderprogramme für EE-Gemeinschaftsenergie beseitigt werden.



WICHTIGE ERKENNTNISSE:

- Der Zugang zu Finanzmitteln mit günstigen Konditionen (z. B. zinsgünstige Darlehen) ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die Regionen das vorhandene Potenzial ausschöpfen und ihre Ziele für die Eigentümerschaft bzw. finanzielle Beteiligung der Bürger:innen an der Infrastruktur für erneuerbare Energien erreichen können.
- Die Erschließung des bei den Bürger:innen vorhandenen Investitionspotenzials erfordert die Beseitigung bestehender (regulatorischer) Hindernisse und eine EU-konforme, handhabbare und mißbrauchsfreie Definition von EE-Gemeinschaften (RECs) im nationalen Recht. Das Fehlen eines effektiven Regulierungsrahmens für Energiegemeinschaften ist einer der Hauptgründe dafür, dass einige Zielregionen die vorhandenen Potenziale vermutlich nicht ausschöpfen können. Es ist entscheidend, dass in allen Ländern ein entsprechender Rahmen geschaffen wird, wobei eine Koordination über verschiedene Regierungsebenen hinweg notwendig ist.
- Gemeinden, Städte und Regionen sollten als mögliche Förderzentren für EE-Gemeinschaften betrachtet werden und gleichzeitig geeignete Flächen für EE-Anlagen bereitstellen. Kommunale und regionale Akteure sollten in rechtlichen, wirtschaftlichen und technischen Fragen geschult werden, um diese Vision verwirklichen zu können. Es hat sich gezeigt, dass die Beteiligung von Gemeinden an EE-Gemeinschaften das notwendige Vertrauen für solche Projekte schafft. In mehreren Fällen besteht immer noch Misstrauen bei den relevanten Akteuren gegenüber dem Konzept sowie ein Mangel an Kapazitäten und Know-how über die Verfahren und bewährten Praktiken.
- Obwohl in den Zielregionen im Allgemeinen ein relativ hohes Potenzial für gemeinschaftliche Investitionen durch die Bürger:innen besteht, können die politischen Ziele in vielen Fällen nur erreicht werden, wenn die Investitionen der Bürger:innen durch Investitionen lokaler KMU und lokaler Behörden ergänzt werden.



Ausblick

Die RED II verlangt von allen Mitgliedsstaaten eine Bewertung bestehender Hindernisse und Potenziale für die Entwicklung von RECs. Die COME RES-Potenzialanalyse unterstützt die Mitgliedsstaaten darin, insbesondere in den Fällen, wo eine solche Bewertung noch nicht unternommen wurde.

Allgemein gibt es ein erhebliches Potenzial für die Beteiligung der Bürger:innen am Ausbau der erneuerbaren Energien. Dieses Potenzial kann jedoch nur dann erschlossen werden, wenn die entsprechenden Rahmenbedingungen vorhanden sind.

Autor:innen:

ICLEI Europe: Arthur Hinsch, Carsten Rothballer, Lucy Russell

TU/e: Erik Laes, Kellan Anfinson
Mit Beiträgen von allen Projektpartnern.

Kontakt

✉ info@come-res.eu
 🐦 [@comeres_eu](https://twitter.com/comeres_eu)
 in COME RES project
 🌐 www.come-res.eu

Projektkoordination

Environmental Policy Research Centre
 Freie Universität Berlin
 Dr. Maria Rosaria Di Nucci



Dieses Projekt wird mit Mitteln aus dem Forschungs- und Innovationsprogramm "Horizont 2020" der Europäischen Union unter der Fördervereinbarung Nr. 953040 gefördert. Die alleinige Verantwortung für den Inhalt dieses Dokuments liegt bei den Partnern des COME RES-Projekts und spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Europäischen Union wider.



COME RES

Partner

